

Eröffnungsansprache von Bundesrat H.P. Tschudi, Präsident der Schweiz. Stiftung für das Alter, an der Abgeordnetenversammlung in St.Gallen, 25. Oktober 1971 = Allocution d'ouverture du conseiller fédéral H.P. Tschudi, président de la Fondation suisse Po...

Autor(en): Tschudi, H. -P.

Objektyp: Article

Zeitschrift: **Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung**

Band (Jahr): **49 (1971)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-721611>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gesellschaft haben ihm — verliehen von der theologischen Fakultät — die Doktorwürde ehrenhalber eingebracht.

Dr. Vischer kennt das Alter in allen seinen Stufen aus eigener Erfahrung. Er weiss auch um die Bitternis der Einsamkeit, ist ihm doch im Jahre 1970 seine verständnisvolle Ehegefährtin durch den Tod entrissen worden, und er trägt stoisch und klaglos die erhebliche Last seiner Jahre.

Unserer Zeitschrift ist Dr. Vischer eh und je ein kompetenter Redaktor gewesen. Er hat es, wie nicht gerade ein anderer, verstanden, zum Wohle unserer Leserinnen und Leser sich fesselnd zu dem noch immer unpopulären Thema «Alter» zu äussern, auf Missstände hinzuweisen und Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Kollegen in der Redaktionskommission, die ihn als verständnisvollen und liebenswürdigen Menschen haben kennenlernen dürfen, werden sich seiner noch lange in Dankbarkeit erinnern. Möge ihm, umgeben von Kindern und Kindeskindern, in seinem gepflegten Arlesheimer Sitz ein — wenn auch spätes — «Otium cum dignitate» beschieden sein. H. Räber

Anlässlich der Abgeordnetenversammlung der Schweizerischen Stiftung für das Alter vom 25. Oktober 1971 in St. Gallen hat deren Präsident, Bundesrat Dr. H.-P. Tschudi, die Stellung der Stiftung nach der 8. AHV-Revision in grundlegender Weise präzisiert. Es ist uns deshalb daran gelegen, seine ausgezeichneten Ausführungen im Wortlaut in deutscher, französischer und italienischer Sprache zu veröffentlichen.

Das Referat «Das Alter — ein Neubeginn» von A. Roulin, dem Verwaltungsdirektor des Bürgerspitals in St. Gallen, gibt einen sehr guten Ueberblick über die Altersprobleme im allgemeinen. Auch dieser Vortrag wurde anlässlich der erwähnten Versammlung gehalten. Die Redaktion

**Eröffnungsansprache von Bundesrat H. P. Tschudi,
Präsident der Schweiz. Stiftung für das Alter,
an der Abgeordnetenversammlung in St. Gallen,
25. Oktober 1971**

Mit grosser Freude danke ich dem St.-Galler Kantonal-Komitee für die liebenswürdige Einladung, in der schönen, traditionsreichen Stadt des irischen Glaubensboten zu tagen. Besonderen Dank sage ich für die vorzügliche Organisation unserer Abgeordnetenversammlung. Wir sind gerne nach St. Gallen gereist, da sich in dieser Stadt Reichtum an Kulturschätzen, wissenschaftliche Forschung und eine moderne Wirtschaft in harmonischer Weise verbinden.

Es freut mich, eine grosse Zahl von Delegierten aus allen Teilen des Landes willkommen heissen zu dürfen. Besonders herzlich begrüsse ist unsere Ehrengäste. Wir wissen es zu schätzen, dass Herr Regierungsrat Koller unsere Tagung mit seiner Teilnahme beehrt. Ich darf ihm bei dieser Gelegenheit bestens danken für die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Kantons St. Gallen und unserer Stiftung sowie für das Wohlwollen, das er der Arbeit unserer Organe entgegenbringt.

Wir tagen heute in hoffnungsfroher, zuversichtlicher Stimmung. Die hier versammelten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schweiz. Stiftung für das Alter setzen sich mit all ihren Kräften ein für die bestmögliche Lösung der sozialen und menschlichen Probleme des Alters. Sie empfinden besondere Genugtuung darüber, dass Behörden und Bevölkerung die Bedeutung und Dringlichkeit dieser Aufgabe erkannt haben und dass offensichtlich der feste Willen besteht, eine grosszügige Regelung der sozialen Sicherheit für unsere betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verwirklichen. Die Kreise, die im täglichen Kontakt mit den alten Leuten stehen, die mit ihren Schwierigkeiten und Sorgen vertraut sind, freuen sich auf diese sozial-politischen Fortschritte beinahe ebenso intensiv wie die direkten Nutzniesser.

Der Vorschlag für die 8. AHV-Revision liegt bereit. Das neu gewählte Parlament wird die schöne Aufgabe vorfinden, diesen Entwurf, der an Bedeutung alle bisherigen Revisionen weit übertrifft, zu beraten. Jetzt hat die AHV noch den Charakter einer Basisversicherung. Ihre Leistungen decken den Lebensunterhalt nicht. Erst zusammen mit den Ergänzungsleistungen wird ein sehr bescheidenes Existenzminimum erreicht. Unsere Stiftung muss immer wieder Greise und Greisinnen betreuen, die mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, und muss oft selber mit Beiträgen einspringen. Nach dem geplanten neuen Verfassungsartikel 34quater hat jedoch die staatliche AHV den Existenzbedarf angemessen zu decken. Diese Bestimmung soll nicht Zielsetzung bleiben, sondern unverzüglich verwirklicht werden. Entsprechend wird vorgeschlagen, die heutigen Renten zumindest bei den Grenzwerten nahezu zu verdoppeln. In Zukunft sollen die Jahresrenten für den Alleinstehenden zwischen Fr. 4800.— und Fr. 9600.— und für das Ehepaar zwischen Fr. 7200.— und Fr. 14 400.— liegen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten der 8. AHV-Revision, somit auf 1. Januar 1975, ist eine weitere namhafte Heraufsetzung der Renten vorgesehen. Ein entschei-

dender Vorteil der Revision der AHV liegt darin, dass diese Rentenerhöhungen sofort nach Inkrafttreten des Gesetzes ausbezahlt werden und zwar ausnahmslos an alle Rentner. Die Bedeutung der Neuregelung mag noch durch eine Zahl unterstrichen werden. Während nächstes Jahr die AHV 3,5 Milliarden ausrichten wird, springen ihre Leistungen 1973 auf 6,2 Milliarden. Die 8. AHV-Revision ist nur das erste — allerdings sehr wichtige — Teilstück des Plans zur Verwirklichung der sozialen Sicherheit für die Betagten und für die Invaliden. Wir streben an, dass alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden müssen, die gewohnte Lebenshaltung in angemessener Weise fortsetzen können. Dieses Ziel soll im neuen Verfassungsartikel 34quater verankert werden, der parallel zur 8. AHV-Revision vorbereitet worden ist. Wenn der Zeitplan eingehalten werden kann, wird etwa in Jahresfrist die Volksabstimmung durchgeführt werden können. Da die AHV allein nur den Existenzbedarf decken wird, muss die zweite Säule obligatorisch erklärt werden. Neben der 8. AHV-Revision und dem neuen Verfassungsartikel wird ein Gesetz über die berufliche und betriebliche Vorsorge in Angriff genommen. Da wir hier Neuland betreten, handelt es sich um eine recht schwierige Aufgabe. Obwohl durch den Bericht der Expertenkommission unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Kaiser die wichtigsten Grundzüge einer solchen Regelung abgeklärt wurden, stellen sich noch viele materielle und organisatorische Probleme. Ich erinnere als Beispiele nur an die Dauer der Uebergangsfrist, von der an die 2. Säule die vollen Leistungen zu erbringen haben wird, die Anpassung der Renten an die Teuerung und die Ermöglichung des freiwilligen Anschlusses der Selbständigerwerbenden.

Es wird in den kommenden Monaten intensiver Arbeit bedürfen, um das gewaltige Werk zu vollenden, vor allem weil seine Finanzierung eine besondere Anstrengung unserer Wirtschaft voraussetzt. Wenn es aber gelingt, das Ziel des gesicherten Alters zu erreichen, werden wir einen Fortschritt realisiert haben, der nicht bloss von entscheidender sozialer, sondern ebenso sehr von staatspolitischer Bedeutung ist. Ich bin überzeugt, dass die schweizerische Demokratie sich bei der Lösung dieser Aufgabe erneut bewähren wird.

Lässt diese optimistische Feststellung die Erwartung zu, dass unsere Stiftung, die nun 54 Jahre alt geworden ist, sich noch vor Erreichung des AHV-Alters in den Ruhestand zurückziehen

kann, dass ihre Aufgaben im wesentlichen als erfüllt anzusehen sind? Als Fachleute wissen Sie, dass diese Frage mit einem klaren Nein zu beantworten ist. Der beste Beweis, dass Sie mit Ihrer Stellungnahme Recht haben, liegt im Entwurf zum neuen Verfassungsartikel. Dieser enthält nämlich folgenden Absatz:

«Der Bund fördert die Eingliederung Invaliden und unterstützt Bestrebungen zugunsten Betagter, Hinterlassener und Invaliden, insbesondere bezüglich Betreuung und Pflege. Zur Finanzierung können Mittel aus der Versicherung gemäss Absatz 2 herangezogen werden.»

Man unterliegt beinahe der Versuchung, zu erklären, dass mit dieser Bestimmung das verfassungsrechtliche Fundament der Stiftung für das Alter gelegt wird. Der Dienst an den Betagten, vor allem deren Betreuung und Pflege, soll als dauernde und wichtige Verpflichtung der Allgemeinheit im Grundgesetz verankert werden. Dass unsere Stiftung bei der Erfüllung dieser Aufgabe in vorderster Linie mitwirken wird, erscheint uns als selbstverständlich, denn «Bestrebungen zugunsten Betagter, insbesondere bezüglich Betreuung und Pflege» — um die Definition des Entwurfs zu wiederholen — decken sich genau mit der Zielsetzung unserer Stiftung. Der Jahresbericht legt jeweils dar, mit welcher Vielfalt von Massnahmen und mit welcher Umsicht unsere Organe sich bemühen, dieser Verpflichtung gerecht zu werden. Besonders eindrücklich sind stets die Ausführungen der Kantonal-Komitees. Diese ergreifen immer wieder neue Initiativen, um das Los der Betagten zu verbessern und um ihr Leben inhaltsreicher und freudiger zu gestalten. Bei dieser Lektüre entdecken wir Pionierleistungen der Altershilfe.

Der Bund steht auf Grund des Ergänzungsleistungsgesetzes unserer Stiftung bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben zur Seite. Im Zusammenhang mit der 8. AHV-Revision sollen uns vermehrte Mittel zur Verfügung gestellt werden, nämlich 10 statt bisher 6 Millionen Franken. Hievon sind 3 Millionen Franken ausschliesslich für die Finanzierung von Hilfsmitteln für Betagte bestimmt. Wir sind für diesen Betrag zu grossem Dank verpflichtet. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassungsbestimmung wird die Zusammenarbeit zwischen Bundesbehörden und Stiftung eine festere Grundlage erhalten. Ein intensives Zusammenwirken von staatlichen Organen und privater Hilfsorganisation erscheint als unerlässlich. Die Verwaltung ist nicht in der Lage, die mannigfaltigen Betreuungsaufgaben zu übernehmen,

da sie auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt werden müssen und da die Verhältnisse in den verschiedenen Landesgegenden ungleich geartet sind. Hier liegt der Aufgabenbereich der freiwilligen Fürsorgeinstitution, vor allem der Stiftung für das Alter. Unsere Organe werden sich bemühen, ihrer dankbaren Verpflichtung der mitmenschlichen Betreuung der Betagten immer besser gerecht zu werden. Die Stiftung wird auch darüber wachen, dass ihre Wirksamkeit sich über das ganze Land erstreckt und dass somit ein Netz von Fürsorgestellen in ausreichender Dichte geschaffen wird. Nicht nur in den grösseren Zentren, sondern auch in abgelegenen Gebieten soll den Betagten der nötige Beistand gewährt werden.

Wir dürfen also in Zukunft mit einer noch intensiveren Zusammenarbeit zwischen dem Bund und der Stiftung für das Alter rechnen. Auch erscheint eine verstärkte öffentliche Hilfe als wahrscheinlich. Diese Entwicklung muss uns veranlassen, den privaten Charakter der Stiftung zu betonen. Sie würde nämlich ihren Sinn verlieren und ihre Existenzberechtigung in Frage stellen, wenn sie zu einer Aussenstation der Verwaltung umgestaltet würde. Sozialversicherung und private Fürsorge haben getrennte Aufgaben. Für unsere Stiftung ist entscheidend, dass sie unabhängig von gesetzlichen Vorschriften Versuche unternehmen, Initiativen ergreifen und Neuerungen einführen kann. Sie soll dem Betagten entsprechend seiner besonderen Lage und seinen individuellen Bedürfnissen helfen, ihn aus seiner Vereinsamung herauslösen und zu ihm mitmenschliche Beziehungen pflegen. Da verschiedene unserer Aufgaben, wie zum Beispiel die Vermittlung von Sach- und Dienstleistungen, sehr kostspielig sind, bedürfen wir der Beiträge des Bundes. Der private Charakter der Stiftung ist davon abhängig, dass sie weiterhin in erheblichem Masse private Mittel erhält, über die sie nach den von ihr selbst aufgestellten Richtlinien verfügen kann. Eine unerlässliche Basis unseres Werkes wird darum auch in Zukunft die Sammlung in allen Kreisen der Bevölkerung bleiben.

Die von mir in groben Zügen geschilderten Projekte für die Realisierung der sozialen Sicherheit im Alter und bei Invalidität verlangen sehr grosse finanzielle Mittel. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden für die AHV und für die zweite Säule wesentlich höhere Prämien auf sich nehmen müssen, als sie heute entrichten. Auch die öffentliche Hand, Bund und Kantone, werden ihre Leistungen an die AHV heraufsetzen. Im Vergleich zu den

für die staatliche Versicherung und für die Pensionskassen erforderlichen Summen sind die Ansprüche der privaten Fürsorgewerke bescheiden. Mit relativ kleinen Beiträgen vermögen sie ein segensreiches Werk zu verwirklichen. Ich hoffe, dass infolgedessen unsere Bevölkerung auch in Zukunft diese zusätzliche Belastung gerne auf sich nehmen wird und dass deshalb die Schweizerische Stiftung für das Alter aus allen Kreisen weiterhin mit freiwilligen Beiträgen unterstützt wird. In diesem Vertrauen aller Volksschichten liegt ein Ansporn für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu besonderen Leistungen im Dienste der hilfsbedürftigen Betagten.

Allocution d'ouverture du conseiller fédéral

H. P. Tschudi, président de la Fondation suisse Pour la Vieillesse, à l'Assemblée des délégués du 25 octobre 1971, à Saint-Gall

C'est avec grand plaisir que je remercie le Comité cantonal saint-gallois de son aimable invitation à siéger dans la ville, si belle et riche en traditions, du missionnaire irlandais. Je le remercie tout particulièrement de l'excellente organisation de notre Assemblée des délégués. Nous sommes venus volontiers à St-Gall, car nous savons que, dans cette ville, la profusion des trésors culturels, la recherche scientifique et l'économie moderne s'unissent harmonieusement.

Je suis heureux de pouvoir souhaiter la bienvenue à un grand nombre de délégués de toutes les parties du pays. Je salue très spécialement et cordialement nos hôtes d'honneur. Nous sommes sensibles à l'honneur que nous fait M. le conseiller d'Etat Koller en assistant à notre réunion. Qu'il me soit permis de lui exprimer, à cette occasion, les meilleurs remerciements pour l'excellente collaboration qui règne entre les autorités du canton de St-Gall et notre Fondation, ainsi que pour la bienveillance qu'il accorde au travail de nos organismes.

Nous sommes aujourd'hui réunis dans un esprit de joyeuse espérance et de confiance. Les collaboratrices et collaborateurs de la Fondation suisse Pour la Vieillesse mettent toutes leurs forces au service de la meilleure solution possible des problèmes sociaux et humains de l'âge. Ils constatent avec une satisfaction particulière que les autorités et la population ont reconnu l'importance et

l'urgence de cette tâche, et que la ferme volonté existe manifestement, de régler sur une large base la sécurité sociale de nos compatriotes âgés. Les milieux qui se trouvent en contact quotidien avec les personnes âgées, ceux qui connaissent leurs difficultés et leurs soucis se réjouissent, presque autant que les bénéficiaires immédiats, de ces progrès de notre politique sociale.

Le projet de la 8e révision de l'AVS est prêt. Le Parlement nouvellement élu aura la belle tâche d'examiner ce projet, qui dépasse largement toutes les révisions précédentes. Actuellement, l'AVS a encore le caractère d'une assurance de base. Ses prestations ne couvrent pas l'entretien vital. Ce n'est qu'à l'aide des prestations complémentaires que l'on atteint un très modeste minimum d'existence. Notre Fondation doit toujours encore s'occuper de vieux et de vieilles qui sont aux prises avec des difficultés financières et doit souvent leur accorder sa propre contribution. Or, selon l'article constitutionnel 34-quater, l'AVS de l'Etat doit couvrir judicieusement les besoins de l'existence. Cette prescription ne doit pas rester simplement un but: elle doit passer sans retard dans la réalité. A cet effet, il est proposé de doubler quasiment les rentes actuelles, du moins dans ses valeurs limites. A l'avenir, les rentes annuelles des personnes seules doivent se tenir entre Fr. 4800.— et Fr. 9600.—, et celle des couples entre Fr. 7200.— et Fr. 14 400.—. Une nouvelle augmentation notable des rentes doit encore intervenir deux ans après l'entrée en vigueur de la 8e révision de l'AVS, soit le 1er janvier 1975. Un avantage déterminant de cette révision de l'AVS est constitué par le fait que l'augmentation des rentes interviendra aussitôt après l'entrée en vigueur de la loi et sera payée à tous les bénéficiaires sans exception. L'importance de cette nouvelle réglementation peut être encore soulignée par un chiffre: tandis que, l'an prochain, l'AVS distribuera 3,5 milliards, ses prestations sauteront, en 1973, à 6,2 milliards.

La 8e révision de l'AVS ne représente que la première partie — certes très importante — du plan destiné à réaliser la sécurité sociale des vieillards et des invalides. Notre objectif est d'obtenir que tous nos concitoyens et concitoyennes qui doivent abandonner une activité rémunératrice puissent maintenir leur mode de vie dans une mesure appropriée. Ce but doit se concrétiser dans le nouvel article constitutionnel 34-quater, qui a été préparé parallèlement à la 8e révision de l'AVS. Si le calendrier peut être tenu, la votation populaire pourra intervenir dans le délai d'une

année. L'AVS seule ne pouvant couvrir que les besoins d'existence, le deuxième pilier doit être déclaré obligatoire. A côté de la 8e révision de l'AVS et du nouvel article constitutionnel, une loi sur la prévoyance professionnelle et d'entreprise a été mise en chantier. Comme nous entrons ici dans un domaine nouveau, la tâche est très malaisée. Et, bien que les fondements les plus importants de cette réglementation aient été tirés au clair par le rapport de la commission d'experts présidée par M. Kaiser, il se pose encore de nombreux problèmes matériels et d'organisation. Je rappelle, par exemple, celui de la durée du délai de transition, au bout duquel le 2e pilier devra fournir ses prestations complètes, l'adaptation des rentes au renchérissement et la possibilité d'adhésion volontaire, qui doit être offerte aux indépendants.

Il faudra au cours des prochains mois, accomplir un travail intense, pour achever cette œuvre gigantesque, avant tout parce que son financement implique un effort particulier de notre économie. Mais si nous parvenons à atteindre le but d'une vieillesse assurée, nous aurons alors réalisé un progrès qui aura une importance décisive, non seulement au plan social, mais tout autant au plan de la politique nationale. Je suis persuadé que la démocratie suisse fera, une fois de plus, ses preuves avec la solution de ce problème.

Cette constatation optimiste permet-elle de prédire que notre Fondation, qui vient d'avoir 54 ans, pourra se mettre à la retraite avant d'avoir atteint l'âge de l'AVS et qu'il faut considérer ses tâches essentielles comme accomplies? En votre qualité de spécialistes, vous savez qu'à cette question, l'on doit répondre par un NON catégorique. La meilleure preuve que vous avez raison, en adoptant cette attitude, se trouve dans le projet de nouvel article constitutionnel. Celui-ci contient notamment le paragraphe suivant:

«La Confédération encourage la réadaptation des invalides et soutient les efforts entrepris en faveur des personnes âgées, des survivants et des invalides, notamment en ce qui concerne l'assistance et les soins. Les ressources financières de l'Assurance désignées au 2e alinéa peuvent être employées à cet effet.»

On succombe presque à la tentation de déclarer que cette disposition fournit la base constitutionnelle de la Fondation Pour la Vieillesse. Le service aux personnes âgées, et surtout l'assistance et les soins, doit être ancré dans notre loi fondamentale, sous la forme d'une obligation importante et durable de la communauté.

Il nous paraît aller de soi que notre Fondation collaborera en toute première ligne à l'accomplissement de cette tâche, car «les efforts entrepris en faveur des personnes âgées, notamment en ce qui concerne l'assistance et les soins» — pour répéter la définition du projet — correspondent exactement au but de cette Fondation. Le rapport annuel expose chaque fois avec quelle variété de mesures et avec quel soin nos organes s'efforcent de remplir ces obligations. A cet égard, les nouvelles des comités cantonaux sont toujours particulièrement impressionnantes. Ces comités ne cessent de prendre de nouvelles initiatives, afin d'améliorer le sort des personnes âgées, et de rendre leur vie plus intéressante et plus gaie. En lisant ces textes, on découvre un travail de pionnier dans le domaine de l'aide à la vieillesse.

En vertu de la Loi sur les prestations complémentaires, la Confédération assiste notre Fondation dans l'accomplissement de ses multiples tâches. En relation avec la 8e révision de l'AVS, les moyens mis à notre disposition seront augmentés: nous recevrons 10 millions, au lieu de 6 millions de francs. Sur ce montant, 3 millions seront exclusivement destinés au financement de moyens auxiliaires. L'octroi de ce montant appelle notre plus grande reconnaissance. Avec l'entrée en vigueur des nouvelles dispositions constitutionnelles, la coopération entre les autorités fédérales et la Fondation se trouvera dotée d'une base plus solide. Une collaboration intense entre les organes de l'Etat et les œuvres de secours privées semble indispensable. L'administration n'est pas en mesure d'accomplir les multiples tâches d'assistance, parce que celles-ci doivent être mesurées sur les besoins individuels et parce que les circonstances sont dissemblables dans les diverses régions du pays. C'est ici que se trouve le domaine spécifique des institutions privées d'assistance, et surtout de la Fondation Pour la Vieillesse. Nos organes s'efforceront de remplir toujours mieux encore leurs nobles obligations d'assistance fraternelle envers les personnes âgées. La Fondation veillera aussi à ce que son efficacité s'étende sur tout le pays et à créer, à cet effet, un réseau de centres d'assistance d'une densité suffisante. Ce n'est pas seulement dans les grands centres, mais aussi dans les régions écartées que l'appui dont ils ont besoin doit être assuré aux personnes âgées.

Nous pouvons donc compter, à l'avenir, sur une coopération encore plus intense entre la Confédération et la Fondation Pour la Vieillesse. Et une aide publique accrue paraît également vraisem-

blable. Cette évolution doit nous conduire à insister sur le caractère privé de la Fondation. En se transformant en organe marginal de l'administration, elle perdrait son sens et mettrait son droit à l'existence en question. Les assurances sociales et l'assistance privée ont des missions séparées. Pour notre Fondation, il est essentiel qu'elle puisse entreprendre des essais, prendre des initiatives et introduire des innovations indépendamment de toute prescription légale. Elle doit aider le vieillard selon sa situation particulière et ses besoins individuels, le libérer de son isolement et lui apporter son dû de chaleur humaine. Du fait que diverses tâches, qui sont les nôtres, par exemple les prestations en nature et en services, sont extrêmement coûteuses, nous avons besoin des subsides de la Confédération. Le caractère privé de la Fondation dépendra du fait qu'elle continuera à recevoir, dans une mesure considérable, des moyens de source privée, dont elle pourra disposer selon ses propres directives. C'est pourquoi la collecte s'adressant à tous les milieux de notre population restera aussi, à l'avenir, une base indispensable de notre œuvre.

Les projets destinés à réaliser la sécurité sociale des personnes âgées et des invalides, dont je viens de vous donner les grandes lignes, exigeront de très grands moyens financiers. Employeurs et employées devront se charger, pour l'AVS et pour le deuxième pilier, de primes beaucoup plus élevées que celles qu'ils versent actuellement. Les pouvoirs publics, eux aussi, Confédération et cantons, devront augmenter leur participation à l'AVS. Comparées aux sommes exigées par l'assurance d'Etat et par les caisses de retraite, les revendications des œuvres d'assistance privées sont modestes. Avec des subsides relativement petits, elles peuvent accomplir une œuvre qui est une bénédiction. J'espère qu'à l'avenir aussi, notre population prendra volontiers sur elle cette charge supplémentaire et que, dès lors, la Fondation suisse Pour la Vieillesse continuera à bénéficier de contributions volontaires, provenant de tous les milieux. Dans cette confiance manifestée par toutes couches de la population, nos collaboratrices et collaborateurs sauront puiser la force de renouveler sans cesse leurs efforts particuliers au service de la vieillesse nécessiteuse.

**Allocuzione inaugurale del consigliere federale on.
H. P. Tschudi, presidente della Fondazione svizzera
Per la Vecchiaia, in occasione dell'assemblea dei
delegati di San Gallo, del 25 ottobre 1971**

Con vivo piacere ringrazio il comitato cantonale sangallese per la sua cortese offerta di ospitare l'assemblea in quella ridente cittadina, ricca di tradizioni, che fu quella del monaco irlandese Gallus. Rivolgo pure un ringraziamento speciale per l'impeccabile lavoro svolto dagli organizzatori della nostra assemblea dei delegati. Ci siamo recati a San Gallo con gioia poichè è una città che ha saputo fondere in perfetta armonia la ricchezza di beni culturali, la ricerca scientifica e l'economia moderna.

Ai numerosi delegati intervenuti da tutte le parti della Confederazione giunga il mio cordiale benvenuto che estendo con particolare riguardo ai nostri ospiti d'onore. Constato con altrettanto vivo piacere la presenza dell'onorevole consigliere di stato Koller. Mi sia concesso di ringraziarlo in questa sede per l'eccellente collaborazione fra le autorità del canton San Gallo e la nostra Fondazione come anche per tutta la comprensione che egli ha dimostrato verso il lavoro dei nostri organi.

L'odierna giornata ci riunisce fiduciosi e pieni di speranza. Sono certo che le gentili collaboratrici e i collaboratori della Fondazione svizzera Per la Vecchiaia qui presenti fanno tutto ciò che è loro possibile per trovare la migliore delle soluzioni al problema sociale e umano della vecchiaia. Essi già godono della soddisfazione di sapere che le autorità e la popolazione hanno riconosciuto il significato e l'urgenza di questo compito e che è manifesta la volontà di realizzare un disciplinamento più generoso della sicurezza sociale in favore delle nostre concittadine e dei nostri concittadini della terza età. I progressi politico-sociali realizzati in questo campo non rallegrano soltanto i beneficiari diretti ma anche quelle cerchie che essendo quotidianamente in contatto con le persone anziane, ne conoscono le difficoltà e le preoccupazioni.

Come sapete la proposta per l'ottava revisione AVS è pronta e sarà lodevole compito del neoeletto parlamento quello di esaminare questo progetto che, per importanza, supera ampiamente tutte le revisioni sin'ora attuate. Attualmente, l'AVS riveste ancora il carattere di un'assicurazione di base. Le sue prestazioni infatti ancora non coprono il fabbisogno vitale e soltanto con le

prestazioni complete è possibile conseguire un minimo esistenziale. Pertanto, la nostra Fondazione deve continuamente intervenire in favore di anziani che si trovano a lottare contro difficoltà finanziarie disperate, e spesso essa deve contribuire con aiuti pecuniari. Ma, col nuovo articolo costituzionale 34 quater proposto, l'AVS deve coprire adeguatamente il fabbisogno vitale. Orbene, questa disposizione non sta a indicare una mera finalità, bensì essa dev'essere realizzata tempestivamente. Conseguentemente, si propone il raddoppio delle rendite attuali per lo meno nei loro valori liminari. In avvenire, le rendite annue per persone sole si situeranno fra Fr. 4800.— e Fr. 9600.— e quelle per coniugi fra Fr. 7200.— e Fr. 14 400.—. Due anni dopo l'entrata in vigore dell'ottava revisione AVS, ovverosia per il 1° gennaio 1975, è poi previsto un ulteriore aumento delle rendite. Uno dei vantaggi più significativi della revisione AVS risiede nel fatto che gli aumenti delle rendite decretati saranno pagati indistintamente per tutti i redditeri, subito dopo l'entrata in vigore della legge. Alcune cifre evidenziano particolarmente il significato del nuovo disciplinamento. Se l'anno prossimo l'AVS dovrà versare 3,5 miliardi di rendite, per il 1973 tale somma ascenderà a 6,2 miliardi. Quindi, l'ottava revisione è soltanto il primo, ma comunque il più importante, passo verso l'attuazione di quel piano che vuole una sicurezza sociale completa per gli anziani e per gli invalidi. Lo scopo prefisso è quello di consentire la continuazione di un tenore di vita adeguato a tutte quelle cittadine e a quei cittadini che sono costretti a ritirarsi dall'attività remunerativa. Orbene, siffatta finalità dev'essere ancorata nel nuovo articolo costituzionale 34 quater che è stato preparato parallelamente all'ottava revisione AVS. Semprechè non intervengano contrattempi, la votazione popolare dovrebbe succedere nel termine di un anno. Evidentemente, siccome l'AVS basterà di per sè unicamente a coprire il minimo d'esistenza, dovrà essere dichiarata obbligatoria l'istituzione del secondo pilastro. Quindi, all'ottava revisione AVS e al nuovo articolo costituzionale verrà ad aggiungersi una legge sulla previdenza professionale e aziendale. Tuttavia, con quest'ultima legge ci si inoltra in una materia nuova e irta di difficoltà. Infatti, ancorchè la commissione peritale presieduta dal signor dottor Kaiser abbia già, nel suo rapporto, tracciato le direttive fondamentali di questo disciplinamento, si pongono pur sempre ancora numerosi problemi materiali e organizzativi. Ne cito alcuni a

guisa d'esempio, come la determinazione della durata del periodo di transizione a contare dal quale il secondo pilastro dovrà essere in grado di fornire prestazioni piene, oppure l'adeguamento al rincaro delle rendite o ancora la possibilità di adesione facoltativa da parte di coloro che esercitano attività indipendente.

Orbene, per giungere in porto con tale intento, occorreranno ancora alcuni mesi di lavoro intenso soprattutto per il fatto che il finanziamento presuppone un ingente sforzo da parte della nostra economia. Ma, qualora riuscissimo a istituire una sicurezza completa per la nostra vecchiaia, avremmo allora certamente realizzato un progresso che riveste non soltanto grande importanza sociale ma anche significato sul piano politico-statale. Sono fermamente convinto che anche nella soluzione di questo compito la democrazia svizzera fornirà le sue buone prove.

Ma chiediamoci a questo punto se siffatto ottimistico accertamento non abbia a segnare l'inizio del declino della nostra Fondazione (soltanto 54enne e quindi neanche in età d'AVS) in quanto debbasi ritenere che essa abbia ormai compiuto la propria missione? Evidentemente, voi quali specialisti intuite che la risposta non può essere che un chiaro NO. Infatti, l'istituendo articolo costituzionale vi dà pienamente ragione in quanto contiene il seguente capoverso:

«La Confederazione promuove l'integrazione degli invalidi e sostiene gli sforzi in favore della vecchiaia, dei superstiti e degli invalidi, segnatamente per quanto concerne l'assistenza e le cure. Per il finanziamento possono essere impiegati mezzi dell'assicurazione conformemente al capoverso 2.»

Saremmo quasi indotti a ritenere che con siffatta disposizione è posto il fondamento costituzionale alla Fondazione Per la Vecchiaia. Infatti, con il disposto surriferito, vuol essere sancito nella legge di base il sostegno della classe anziana, ovverosia la loro assistenza e la loro cura, quale importante e duraturo obbligo a carico della comunità. Ovviamente, nell'adempimento di questo compito, la nostra Fondazione deve occupare uno dei primi posti in quanto la parte della definizione del disegno di legge che recita «sforzi in favore della vecchiaia, segnatamente per quanto concerne l'assistenza e la cura», coincide esattamente con la finalità della nostra Fondazione. D'altronde, il nostro rapporto annuo evidenzia periodicamente con quale varietà di provvedimenti e con quale lungimiranza i nostri organi si sforzano di adempiere a questo obbligo. In tale campo risultano essere par-

ticolarmente eloquenti i rendiconti dei comitati cantonali. Quest'ultimi non cessano di promuovere iniziative intese a migliorare la situazione degli anziani e a rendere più piacevole e più ricca di contenuto la vita di quest'ultimi. Detti rendiconti rivelano infatti che per quanto concerne l'aiuto agli anziani sono state attuate prestazioni pionieristiche.

Sul fondamento della legge che concede prestazioni complete, la Confederazione sostiene la nostra Fondazione nell'adempimento dei suoi numerosi compiti. Con l'ottava revisione dell'AVS dovrebbero essere assegnati alla nostra Fondazione maggiori mezzi segnatamente 10 milioni di franchi invece dei 6 attuali. Di tale somma 3 milioni di franchi devono essere esclusivamente destinati al finanziamento di mezzi ausiliari per gli anziani. Siamo profondamente riconoscenti per questo contributo. Inoltre, con l'entrata in vigore del nuovo disposto costituzionale, la collaborazione fra autorità federali e Fondazione riceve un fondamento più solido. D'altronde, questa cooperazione fra organi statali e organizzazioni d'aiuto private appare indispensabile. Sappiamo che l'apparato amministrativo non è in condizione di assumersi la moltitudine dei compiti d'assistenza in quanto essi devono essere adeguati ai fabbisogni individuali e inoltre risultano pure diverse le condizioni nelle varie regioni del nostro paese. Ma questi sono esattamente i campi nei quali deve svolgersi l'attività delle istituzioni previdenziali private, soprattutto della Fondazione Per la Vecchiaia. I nostri organi faranno tutto il possibile per adempiere nel migliore dei modi il loro lodevole e umano operato in favore degli anziani. La Fondazione cercherà di estendere la sua efficacia su tutto il paese istituendo una rete più fitta che mai di uffici di assistenza. Infatti, l'assistenza necessaria dev'essere garantita agli anziani non soltanto nei grandi centri urbani, bensì anche nelle regioni più recondite.

Possiamo quindi contare, in avvenire, su una più intensa collaborazione fra Confederazione e Fondazione Per la Vecchiaia. E' quindi lecito sperare che l'aiuto pubblico ne risulti potenziato. Siffatta evoluzione deve però indurci ad accentuare il carattere privato della Fondazione, poichè altrimenti essa perderebbe di senso e porrebbe in forse la propria esistenza qualora dovesse essere trasformata in una diramazione dell'amministrazione. Infatti alle assicurazioni sociali da un canto e alla previdenza privata dall'altro incombono compiti diversi. Per la nostra Fondazione appare determinante il fatto che essa possa attuare esperi-

menti, lanciare iniziative e introdurre innovazioni indipendentemente dalle prescrizioni legali. Essa deve poter aiutare l'anziano in modo adeguato alla situazione del caso e ai suoi bisogni individuali, cercando di evitargli la solitudine e ponendolo in contatto con il prossimo. Ovviamente, siccome diversi nostri compiti, come ad esempio la prodigazione dei servizi, risultano alquanto onerosi, ci occorrono i contributi federali. Ma, il carattere privato della Fondazione dipenderà come sin'ora preponderantemente dagli aiuti privati che possono essere impiegati secondo le direttive stabilite dalla Fondazione stessa. Pertanto, anche nell'avvenire, il fondamento principale della nostra opera sarà imperniato sulla colletta condotta presso tutte le cerchie della popolazione.

I progetti che ho sommariamente esposto, riguardanti l'attuazione della sicurezza sociale per gli anziani e per gli invalidi, richiedono ingenti mezzi finanziari. Sia i datori di lavoro, sia i lavoratori dovranno rassegnarsi al versamento di contributi maggiorati in favore dell'AVS. Ma, anche gli enti pubblici, la Confederazione e i cantoni provvederanno ad aumentare le loro prestazioni. Rispetto alle somme richieste, sia dall'assicurazione statale, sia dalle altre casse pensioni, le esigenze delle opere assistenziali private appaiono modeste. Con contributi relativamente insignificanti, quest'ultime sono in grado di realizzare un'opera addirittura prodigiosa. Spero quindi che anche in avvenire la nostra popolazione vorrà assumersi questo leggero onere suppletivo inteso a sostenere l'operato della Fondazione svizzera Per la Vecchiaia. Il fatto che continuiamo a contare fiduciosi sulla generosità di tutte le cerchie della popolazione sia un incentivo per le nostre gentili collaboratrici e per i nostri collaboratori nella loro attività al servizio degli anziani bisognosi.

Das Alter — ein Neubeginn

Der österreichische Bundespräsident Franz Jonas hat einmal erklärt:

«Das Anliegen der gesamten zivilisierten Menschheit ist das Problem des menschlichen Alterns.»

In der Tat ist aus dem 20. Jahrhundert, das zu seinem Beginn als 169 das Jahrhundert des Kindes proklamiert worden war, ein Jahr-